

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Orkan Özdemir (SPD)

vom 16. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Februar 2022)

zum Thema:

Aktuelle Erkenntnisse zu extremistischen Tendenzen innerhalb der Berliner Sicherheitsbehörden

und **Antwort** vom 28. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. März 2022)

Herrn Abgeordneten Orkan Özdemir (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11038

vom 16. Februar 2022

über Aktuelle Erkenntnisse zu extremistischen Tendenzen innerhalb der Berliner
Sicherheitsbehörden

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Zu Verdachtsfällen in den Bereichen „Rechtsextremismus“ und „Reichsbürger“ äußert sich der Senat im Rahmen einer bundesweiten Studie, die derzeit unter der Federführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz erstellt wird. Diese Studie befindet sich aktuell in der Endabstimmung. Sie ist momentan als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die die Anfrage betreffenden Passagen können auf Wunsch des Abgeordneten nach Fertigstellung der Studie in geheimer Sitzung des Verfassungsschutzausschusses vorgetragen werden.

1. Wie viele Verdachtsfälle im Bereich Extremismus unter Mitarbeitenden der Berliner in den Berliner Sicherheitsbehörden werden aktuell bearbeitet? (Es wird eine Aufschlüsselung nach Phänomenbereich erbeten)

Zu 1.:

Siehe Vorbemerkung. Darüber hinaus werden aktuell bei den Berliner Sicherheitsbehörden keine Sachverhalte entsprechend der Fragestellung aus den Phänomenbereichen Linksextremismus, Islamismus und Ausländerextremismus bearbeitet.

2. Wie viele Verdachtsfälle im Bereich Extremismus wurden zwischen 2016 und 2021 in Berlin bearbeitet und wie viele dieser Verdachtsfälle haben sich bestätigt? (Es wird eine Aufschlüsselung nach Phänomenbereich erbeten)

Zu 2.:

Siehe Vorbemerkung. In der Polizei Berlin erfolgt die strukturierte Erfassung im Sinne der Fragestellung erst seit Einrichtung der "EG Zentral" im Landeskriminalamt am 1. April 2021. Seitdem wurden dort zwei Verdachtsfälle im Zusammenhang mit Islamismus bekannt, die nach Abschluss der Ermittlungen im Jahr 2021 auch arbeitsrechtliche Maßnahmen zur Folge hatten.

Darüber hinaus sind bei den Berliner Sicherheitsbehörden keine derartigen Sachverhalte aus den Phänomenbereichen Linksextremismus, Islamismus und Ausländerextremismus bekannt geworden.

Berlin, den 28.02.2022

In Vertretung

Torsten Akmann

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport